

Stellungnahme zum LEP-Eckpunktepapier

Was uns fehlt ist nicht Fläche, sondern das Fehlen ihrer Nutzung im Sinne des Allgemeinwohls

Der neu zu erstellende Landesentwicklungsplan Ba-Wü will Vorgaben machen, welche Flächen wie genutzt werden: „Es gilt die vielfältigen Ansprüche an Raum abzustimmen und zu koordinieren – das ist Raumordnung.“ Durch die Neuregelung der Nutzungsansprüche im LEP sollen verbindliche Leitplanken und Spielregeln vonseiten des Landes vorgegeben werden. Diese sollen entsprechend der regionalen und kommunalen Verhältnisse vor Ort ausgeformt, jedoch nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt werden können.

Angesichts des Zeitdrucks taugliche Ansätze zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen umzusetzen, braucht es tatsächlich starke landesplanerische Vorgaben. **Die vom Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg vorgelegten Eckpunkte für den neuen Landesentwicklungsplan setzen jedoch teils implizit, teils explizit problematische Annahmen voraus.** Insbesondere geht das Ministerium davon aus, dass wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele in gleichem Ausmaß verfolgt und im Konfliktfall ausbalanciert werden können. Angesichts der sich häufenden Umweltkatastrophen (Stürme, Überschwemmungen, Erdbeben, Hitze- und Trockenperioden) und dem Verlust biologischer Arten stellen sich jedoch vorrangig Fragen nach der Sicherung der Grundbedürfnisse und des Überlebens. **Zuerst und vorrangig müssen wir das Leben selbst sichern: Planungen den Wohlstand zu sichern werden scheitern, wenn gleichzeitig Lebensgrundlagen untergraben werden.**

Es ist genug für alle da, wenn wir mit den Schätzen der Natur sorgsam umgehen und sie sozial gerecht verteilen

Daseinssicherung, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, sorgsamer Umgang mit Ressourcen und sozial gerechte Verteilung sind aus unserer Sicht übergeordnete Ziele bei der Raumentwicklung.

- Daseinssicherung im Sinne vorrangiger Befriedigung existentieller Bedürfnisse nach sauberer Luft, frischem Trinkwasser, gesunder Nahrung, einer sicheren Unterkunft / Wohnung, Bekleidung, sowie eine der körperlichen und psychischen Verfassung entsprechende gesundheitliche und pflegerische Versorgung.
- Sorgsamer Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Denn: durch die jetzige Wirtschaftsordnung der industrialisierten Staaten und der „nachholenden“ Schwellenländer werden Grenzen der Biosphäre überschritten und dies bringt unseren Planeten einem katastrophalen Klimawandel immer näher.
- Beim Thema Wohlstandssicherung und sozial gerechte Verteilung gilt es zu beachten, daß immer mehr Menschen mit immer größeren Ansprüchen auf eine immer instabilere und bereits jetzt stark überlastete Natur treffen.

Landesentwicklung als ökologische Herausforderung

Ohne den Schutz der Böden vor weiterer Versiegelung, Degradation und Austrocknung sind Ziele wie Klimaschutz, Erhalt der Artenvielfalt und ausreichende Nahrung zum Scheitern verurteilt. Da die zur Verfügung stehenden Anbauflächen weltweit abnehmen, kann sich Deutschland nicht darauf verlassen, dass sich der Verlust landwirtschaftlicher Flächen dauerhaft durch importierte Lebens- und Futtermittel ausgleichen läßt. Zudem leistet unversiegelte Fläche einen unverzichtbaren Beitrag zu einem intakten Ökosystem.

Vorgeschlagene Vorgaben und Regelungen zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen

- Netto-Null beim Flächenverbrauch ab sofort und Entsiegelung von Böden im Innen- und Außenbereich wenn immer möglich (Dies ist eine Forderung der Allianz Flächenschutz Ba-Wü)
- Sich weltweit für den Erhalt fruchtbarer Ackerflächen für die Nahrungsproduktion einsetzen
- Optimierung der Klima-, Wasser-, Frisch- und Kaltluft regulierenden Bodenfunktionen (durch Renaturierung bereits versiegelter Flächen, von Bach- und Flussläufen, durch Wiedergewinnung von Moorflächen, den Erhalt und das Pflanzen von Hecken, Feldrainen und Feldgehölzen)
- Drastische Reduzierung von Pestiziden und Anpassung der Bepflanzung an den Klimawandel
- Bodenschonende Bearbeitung und Ernte
- Wiederherstellung geschädigter Böden, Sanierung schadstoffbelasteter Flächen

Landesentwicklung als soziale Herausforderung

Zukunftsfähige Landesentwicklung wird nur gelingen, wenn die vorgesehenen Vorgaben und Regelungen von einer großen Mehrheit der Bevölkerung und den Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik akzeptiert und mitgetragen werden. Es braucht mehr Mut zu markt- und planwirtschaftlichen Ansätzen für den ökologischen Umbau unserer Gesellschaft. Es gilt sich von Dogmen zu verabschieden und den Bürgern mehr zuzumuten. Wachsen muß der Mut politischer Entscheidungsträger für unpopuläre Maßnahmen und das Vertrauen in die Bürger. Gut begründete, sowie ökologisch und sozial gut durchdachte Steuerung stärkt unsere Demokratie.

Handlungsfeld „Wirtschaft stärken und Wohlstand sichern“

Alternative Leitidee: Der Natur nicht mehr entnehmen als nachwächst

Der Namensgeber für Nachhaltigkeit Hans Carl von Carlowitz wies seinen Landesherrn darauf hin, dass es unsinnig sei, mehr Bäume für die Nutzung als Stützbalken im Bergwerksbau einzusetzen, als im eigenen Forstgebiet nachwachsen: Durch Übernutzung könne kurzfristig durch beschleunigten Stollenausbau mehr Silber abgebaut werden: Jedoch werde dies durch mangelnden Nachschub an nachwachsenden Bäumen wieder abgebremst, und eine dauerhafte Einnahmequelle käme bei vollständiger Abholzung zum Erliegen. Nachhaltigkeit bedeutete für Carlowitz also in erster Linie ökonomische und finanzielle Stabilität: Wohlstandssicherung durch Kreislaufwirtschaft und stabile Lieferketten.

Was wachsen und was schrumpfen sollte: Vorgaben und Regelungen

Um eine ausreichende Versorgung mit den lebensnotwendigen Gütern und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen sicherzustellen, brauchen wir verbindliche Vorgaben und Regelungen zur Verwirklichung des Pariser 1,5 Gradzieles. Anstelle beliebiges wirtschaftliches Wachstum zur Wohlstandssicherung anzustreben, erscheint es notwendig:

- die Menge der Produktion materieller Güter und den Verbrauch natürlicher Ressourcen herunterzufahren
- eine Wirtschaft der kurzen Wege durch stärkere Regionalisierung aufzubauen oder wiederherzustellen
- eine Debatte darüber zu führen, wie ein von der Menge her kleiner werdender Wohlstandskuchen hierzulande als auch weltweit sozial gerechter zu verteilen ist.

Konkretisierung 3. Welt.

In der 3. Welt und den Schwellenländern sollte die Eigenversorgung der Bevölkerung vorrangig gefördert und gestärkt werden:

- z.B. durch flächendeckende Unterstützung von Kleinbauern, denen es häufig an Kapital, an Land, an verloren gegangenen Wissen über angepasste Anbaumethoden, schonender Bodenbearbeitung und geeigneter Lagerhaltung fehlt.
- z.B. durch die Förderung von Genossenschaften für Saatgut, zum Anbau, zur Verarbeitung und regionalen Vermarktung agrarischer Produkte, unterstützt durch den Ausbau regionaler Verkehrswege.
- z.B. durch direkte Auszahlung eines Grundeinkommens pro Kopf in Höhe der Armutsgrenze und per handy in Kenia in Rahmen eines Forschungsprojekts in 120 Gemeinden: mit der nachgewiesenen Wirkung des Entstehens von Kaufläden und kleinen Handwerksbetrieben, ja sogar des Ansparens für den Erwerb einer eigenen Kuh oder für die Anpachtung von Land.

Hierzulande: Mehr Geld und mehr Arbeitsplätze in öffentlicher Hand

Ein wichtiges Instrument auf kommunaler Ebene dazu ist der Ersatz des konjunkturanfälligen „Wachstumstreivers“ Gewerbesteuer durch eine kommunale Wertschöpfungssteuer, sowie der Ersatz des zugewiesenen Anteils an der Einkommenssteuer durch eine kommunale Bürgersteuer. Dies bewirkt mehr Transparenz, stärkt die kommunale Planungshoheit und eröffnet Handlungsspielräume vor Ort. Etwa für Klimaanpassung und -resilienz, sowie für Sanierung von Infrastruktur (z.B: Verkehrs- und Transportwege).

Verantwortungsvoller Umgang mit Rohstoffen

Die natürlichen Ressourcen unseres Planeten – Rohstoffe, Wasser, Energie und fruchtbares Land - sind begrenzt. Der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen in der Produktion hat sich seit 1970 mehr als verdreifacht und nimmt immer weiter zu. Das „klassische Konzept“: „Nur wenn alle investieren und konsumieren, kommt die Wirtschaft aus dem aktuellen Tal heraus“ (Guido Bohsem, Leitartikel der SWP 24.Juni 2024) ist daher Gift für die Natur und den sozialen Zusammenhalt.

- Es gibt gute Gründe die Produktion im hochindustrialisierten Norden gezielt schrumpfen zu lassen; etwa die Produktion von Flugzeugen, Autos, Kreuzfahrtschiffen und Yachten, Wohnmobilen, stromfressenden Haushaltsgeräten wie etwa Mährobotern.
- Sparsamer Umgang mit Ressourcen bedeutet auch langlebige und reparaturfähige Produkte zu bauen, und
- die Ansätze zu einer Kreislaufwirtschaft (Wiederverwertung von Rohstoffen, sparsamer Verbrauch durch Reparatur anstatt Neukauf) auszuweiten.

Handlungsfeld „FREIRAUM schützen und an den KLIMAWANDEL anpassen“

Umweltpolitik darf sich nicht darauf beschränken, bereits eingetretene Schäden zu reparieren.“

Alfred Beth 1991 zur Landschaftsplanung in Rheinland-Pfalz in „Umweltplanung: Reparaturunternehmen oder ökologische Raumentwicklung?“ Hrsg.:Deutscher Verband für angewandte Geographie 1991 Der Schutz von Natur und Landschaft wird in jetzigen Flächennutzungsplänen in aller Regel zugunsten von Flächenverbrauch für Neubaugebiete (Wohnen und Gewerbe) sowie Verkehrswege „weggewogen“ und durch sogenannte Ausgleichsmaßnahmen völlig unzureichend „repariert“. Die Fortsetzung dieser unheilvollen Abwägung zu Lasten der Natur ist im Eckpunktepapier systematisch, sowohl implizit als auch explizit angelegt.

Vorgaben und Regelungen zum Schutz von Freiräumen und zur Klimaresilienz

- Um den Klimawandel aufzuhalten, gilt es auch den vorbeugenden Klimaschutz (Klimaresilienz) als Zielvorgabe zu setzen. Dies beinhaltet Schaffung neuer Freiräume durch Entsiegelung überbauter Flächen
- Mehr Grünflächen in der Stadt (Schwammstädtestrategie)
- Dach- und Fassadenbegrünung
- Photovoltaik nur auf überbauten Flächen: Wohn- und Gewerbedächern, Lagerhallen, Parkplätzen,
- Wohnraumbedarf decken durch Nutzung von Leerständen, Umwidmung von Büroräumen in Wohnungen, Aufstockungen von Wohn- und Gewerbegebäuden, Nachverdichtung vorhandener Wohnquartiere statt Neubau auf grüner Wiese
- Umbau / Anpassung bestehender Fabrikgebäude statt Neubau auf grüner Wiese

Abschließende Anmerkung

Bei der Frage nach einer zukunftsfähigen Raumordnung in Ba-Wü kommt einer sofortigen und verbindlichen Zielvorgabe Netto-Null beim Flächenverbrauch durch das Land eine Schlüsselrolle zu. Nur mit dieser Leitplanke zum Erhalt und zur Optimierung unserer natürlichen Lebensgrundlagen wird Daseinssicherung und Wohlstand in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs gelingen. Dies erscheint angesichts der Ansprüche konventioneller Wachstumspolitik, der Lobbyarbeit von Wirtschaft und kommunaler Verbände, den von Städten und Gemeinde nach oben transportierten Partikularinteressen nach neuen Gewerbe- und Wohngebieten nahezu als eine „mission impossible“. Doch Not macht erfinderisch und geeignete Zielvorgaben geben Impulse nach neuen Lösungen für Konflikte sowie zumutbaren Belastungen zu suchen.

Es gilt vorrangig „Wohlstand“ für alle im Sinne des Allgemeinwohls zu sichern – wie fruchtbare gesunde Böden, sauberes Wasser, gute Luft, intakte Wälder und artenreiche Naherholungsgebiete.

Was uns fehlt ist nicht Fläche, sondern das Fehlen ihrer Nutzung im Sinne des Allgemeinwohls und das Wahrnehmen begrenzter Ressourcen mit dem entsprechenden Vorgaben und Regelungen.